

Ernst Hillebrand

50 Jahre nach Bad Godesberg

Woran die Sozialdemokraten arbeiten müssen

Mit dem Godesberger Programm entwickelte die SPD die Vision einer sozial befriedeten und demokratischen Gesellschaft, die sich in Übereinstimmung mit der Befindlichkeit der westdeutschen Nachkriegswelt befand. Ähnliches ist heute wieder zu leisten: Das Ergebnis der Bundestagswahl lässt in dieser Hinsicht wenig Interpretationsspielräume offen. Dies gilt aber nicht nur für die deutsche, sondern für die europäische linke Mitte insgesamt: Quer über den Kontinent befindet sich die Sozialdemokratie in der Defensive. Die Wähler haben sich abgewandt, weil die Parteien nicht mehr klar machen konnten, für was und für wen sie eigentlich Politik gestalten wollen. Was fehlt, ist eine eigenständige und tragfähige politische Vision für das 21. Jahrhundert.

Das dringlichste Problem, dem sich die Linke stellen muss, ist die Verteilungsfrage. Nicht überall war die Entwicklung so einseitig wie in Deutschland in den letzten zehn Jahren, aber der Trend ist dennoch universell: »Mindestens seit Mitte der 80er Jahre« so die OECD in ihrem jüngsten Bericht über die Einkommensverteilung in der westlichen Welt »wahrscheinlich aber schon seit Mitte der 70er Jahre hat sich ein kontinuierlicher Anstieg der Einkommensungleichheit vollzogen«.

Die Flexibilisierungs- und Deregulierungspolitik der letzten Jahrzehnte hat überall in Europa einen erheblichen Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen geschaffen, dem eine schwächer werdende Gewerkschaftsbewegung wenig entgegenzusetzen hatte. Verteilungspolitische Fragen aber waren aus den Überlegungen der Reformlinken des letzten Jahrzehnts weitgehend ausgeklammert. Die Bekämpfung der Armut (und ihrer vermeintlich hauptsächlich im Privaten liegenden Ursachen) war vielmehr die Aufgabe ergänzender, möglichst »aktivierender« Sozialpolitik.

Wirklich geklappt hat das nicht: »We are running to stand still«, so ein enger Berater Gordon Browns vor kurzem über die Entwicklung in Großbritannien. Selbst die


Ernst Hillebrand

(* 1959) ist Politologe und leitet das Pariser Büro der FES. 2009 veröffentlichte er u.a. in *Le Débat*, *Revue Stratégique et Internationale*, *Revue Socialiste*, *Berliner Republik*, *Nueva Sociedad* sowie *Umbrales de América del Sur*.

Ernst.Hillebrand@fesparis.org

erheblichen sozialpolitischen Anstrengungen Labours seit 1997 haben lediglich zu einer Art »Nichtverschlechterung« der Lage geführt.

Das Ziel progressiver Politik sollte aber nicht die sozialpolitische Linderung von Armut sein, sondern die verteilungspolitische Verhinderung ihres Entstehens. Natürlich sind Verteilungsfragen unter den Bedingungen von EU-Binnenmarkt und Globalisierung nicht einfach zu lösen. Dennoch: Erweiterte Mitbestimmungsrechte, stärkere Arbeitnehmerbeteiligungen an den Betriebsergebnissen, solide Mindestlöhne, die Re-Regulierung von Arbeitsmärkten, bessere Organisationsmöglichkeiten für Gewerkschaften, stärkere Besteuerung von Gewinnen und Spitzeneinkommen, eine offensive Lohnpolitik im öffentlichen Dienst – mögliche Ansätze für einen ernsthaft betriebenen *stakeholder capitalism* gibt es viele.

Der Sozialstaat ist der Kern des Politikangebotes der linken Mitte. In ihm konkretisiert sich der ursozialdemokratische Wert gesellschaftlicher Solidarität. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre deuten jedoch darauf hin, dass die Zustimmung zum Konzept der »Solidarität« zurück geht, sich zumindest wandelt. Die Gründe liegen in tief gehenden Veränderungen der westlichen Gesellschaften: Die kollektiven Identitäten des Industriezeitalters lösen sich auf. Die Entgrenzung der Volkswirtschaften hat Menschen unterschiedlich betroffen und zu einer neuen gesellschaftlichen Spaltung in »kosmopolitische« Entgrenzungsbefürworter und »kommunitaristische«-skeptiker geführt, die mitten durch die Wählerbasis der linken Mitte geht. Die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ist durch Zuwanderung exponentiell gestiegen. Entsprechend künstlich wirkt es zunehmend, von den »gemeinsamen Werten« der Bevölkerung eines Landes zu sprechen »Das Problematische am Begriff der post-industriellen Gesellschaft«, so der französische Wirtschaftswissenschaftler Daniel Cohen, »ist nicht der Begriff ›post-industriell‹. Es ist der Begriff ›Gesellschaft‹.«

Wie viel Zustimmung lässt sich für »solidarische« Politik unter diesen Bedingungen noch mobilisieren? Immer weniger, so scheint es: Im Alltag wollen sich die relativ Armen zunehmend von den ganz Armen absetzen, für die sie wenig Mitleid verspüren. Die Akzeptanz von nicht beitragsgestütztem Sozialleistungsbezug ist sehr gering. Richard Sennett spricht in diesem Zusammenhang vom »Hass der modernen Gesellschaften auf Parasitismus«. Eine Anpassung der Solidaritätskonzepte der linken Mitte an die Realitäten heterogener Gesellschaften erscheint daher zunehmend unausweichlich. Diese Anpassung wird sich an den Prinzipien der Angemessenheit, der Gegenseitigkeit, der Leistungsanerkennung und der Verhinderung von *free-riding* orientieren müssen.

Dies innerhalb der linken Parteien zu vermitteln, wird nicht leicht sein. Eine solche Neuorientierung stellt die »bedingungslosen« Solidaritätskonzepte der traditionellen Linken ebenso in Frage, wie das auf soziale Minima orientierte Sozialstaatsverständnis des »Dritten Weges«.

Die Linke muss wieder klar sagen, wozu und wie sie die Gestaltungsressourcen des Staates zu nutzen gedenkt. Die letzten Jahre waren von einem gewissen Staats-skeptizismus geprägt: der neoliberale Diskurs vom »Staatsversagen« als Hauptproblem westlicher Gesellschaften hat tief in die Parteien der linken Mitte hineingewirkt. Mit der Krise des Finanzkapitalismus dürfte diese Überzeugung vorläufig erledigt sein. »*The mother of all meltdowns*« (Martin Wolf) hat tatsächlich stattgefunden und die Kosten der Rettung des Bankensektors werden noch jahrzehntelang zu tragen sein. Die wirtschaftliche, soziale und ökologische Bilanz von 20 Jahren Privatisierung – an denen die linke Mitte eifrig mitgewirkt hat – ist bestenfalls gemischt. Die Linke muss den Moment nutzen, um ein modernes Konzept eines aktiven Staates zu präsentieren: Eines Staates, der sich (wieder) die notwendigen Mittel gibt, gemeinwohlrelevante Ziele möglichst effizient zu verfolgen. Dieses Angebot eines aktiven Staates muss sich auch und gerade an die zahlende »Normalbevölkerung« richten, die immer weniger Lust hat, einen reinen Sozialtransferstaat zu finanzieren, von dessen Segnungen sie wenig hat und an dessen Finanzierung sich die wirklich Wohlhabenden immer weniger beteiligen (müssen). In diesen Zusammenhang wäre wichtig, auch das Thema Genossenschaften und Gemeinwirtschaft (oder *non-profit-sector*) wieder sehr viel ernster zu nehmen und staatlicherseits stärker zu fördern. Zwischen Staat und Profit gibt es etwas Drittes, das ein erhebliches Potenzial für ein umwelt-, sozial- und menschenfreundliches ökonomisches Handeln bietet.

Was ist eine gute Gesellschaft?

Der italienische Kulturphilosoph Raffaele Simone erklärte vor kurzem, die Linke sei auf lange Zeit nicht mehr mehrheitsfähig, weil ihre Ideologie des Teilens und Verzichtens im Widerspruch zum herrschenden Konsumismus stehe. Die Zukunft gehöre dem »sanften Monster« eines formaldemokratischen Brot-und-Spiele-Kapitalismus à la Berlusconi. Die These ist zweifelhaft. In Wirklichkeit besteht das Problem der Sozialdemokratie eher darin, dass sie das eindimensionale Menschenbild des Konsumismus weitestgehend übernommen hat. »Wachstum« wurde nicht umsonst zum Fetischbegriff einer technokratischen Reformpolitik, die gesellschaftlichen »Fortschritt« nach wie vor in erster Linie in wirtschaftliche Kennziffern fasst. Wissenschaftliche Untersuchungen haben aber relativ klar herausgearbeitet, dass – jenseits eines in Westeuropa längst überschrittenen Einkommensniveaus – Gefühle von Glück und Zufriedenheit weitgehend unabhängig vom materiellen Konsum sind. Sichere Arbeitsplätze, physische und psychische Gesundheit, Zugehörigkeit vermittelnde soziale Beziehungen, eine sinnstiftende Weltanschauung, eine unzerstörte Umwelt und eine freiheitliche gesellschaftliche Ordnung sind, so empirische Untersuchungen, wesentliche Faktoren für menschliches Glück und Zufriedenheit. Wachstumsfixierung, Deregulierung und Flexibilitätsdiskurs sind in diesem Licht nur bedingt Beiträge zum gesellschaftlichen Wohlbefinden. Dies gilt auch für andere ideologische Pfeiler des Linksliberalismus der letzten Jahre. So musste Robert Putnam (zähneknirschend) feststellen, dass ethnische Vielfalt zu »less happiness and lower perceived quality of life« führt, dass Vertrauen in die politischen Institutionen, Sozialkapital und zwischenmenschliche Kontakte umso geringer sind, je größer die ethnische Vielfalt in einer Gemeinschaft ist.

Die Linke wird über all diese Dinge nachdenken müssen. Sie steht vor der Aufgabe, dem Glücksversprechen des Konsumismus eine eigene Vision einer »guten Gesellschaft« entgegenzusetzen. Der Wettkampf der Menschenbilder im hereinbrechenden »post-produktivistischen« Zeitalter wird um die Frage gehen, welcher Gesellschaftsentwurf eher in der Lage ist, die Rahmenbedingungen für menschliches Glück und für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu schaffen – die hedonistische Tretmühle des Konsumismus oder eine halbwegs egalitäre Bürgergesellschaft materiell gesicherter Zeitbesitzer?

Ein in dieser Hinsicht absolut entscheidender Punkt ist die Frage der politischen Partizipation. Nur noch eine Minderheit in den westlichen Ländern meint, über die bestehenden politischen Beteiligungsverfahren wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung von Politik nehmen zu können. Alles spricht dagegen, dass unsere gegenwärtige »low-intensity«-Demokratie für die Realitäten im 21. Jh. noch angemessen ist: Bildungs- und Wissensstand der Bevölkerung, Charakter der Politik und ihrer Entscheidungen im Zeitalter der »Risikogesellschaft«, wachsende Teilhabeansprüche der Bürger, herrschender gesellschaftlicher Diskurs und die »Entsakralisierung« der Politik im Zeitalter massenmedialer Öffentlichkeit. Die einzig adäquate Form der Demokratie für die »society of the smart people« (James Rosenau) des 21. Jahrhunderts ist eine, die partizipatorische und direktdemokratische Elemente stärkt und ausweitet. Mehr demokratische Beteiligung auf allen Ebenen, über die Gemeinden bis hin zur Ebene der Nationalstaaten und Europa, aber auch in Betrieben und staatlichen Institutionen ist ein zentraler, unumgänglicher Bestandteil einer umfassenden Politik des *empowerment*, die den Kern eines linken Politikangebots für die Zukunft ausmachen muss. Es muss dabei um eine gesamtgesellschaftliche Strategie gehen, die dem ökonomistischen Men-

schenbild des Neoliberalismus eine authentisch progressive Vision eines selbstbestimmten Bürgers gegenüber stellt – als Staatsbürger, als »Bürger am Arbeitsplatz«, als Privatperson in seinem privaten und öffentlichen Lebensumfeld und auch als Konsument.

Fazit? Eine programmatische Rundumerneuerung der europäischen Linken ist unvermeidlich geworden. Die Wähler sind immer weniger willens, ihr aktuelles

Politikangebot zu akzeptieren. Sie sind des Basta-Stils des Sozialtechnokratismus und seiner verteilungspolitischen Erfolglosigkeit genauso überdrüssig, wie der Sozialromantik einer traditionellen Linken, die Politik für Gesellschaften machen will, die es schon lange nicht mehr gibt. Darüber, was langfristig passiert, wenn diese Erneuerung nicht erfolgt, sollte man sich keine Illusionen machen: Auch politische Bewegungen sind sterblich.

Alfred Pfaller

Sozialökonomie einer neuen sozialdemokratischen Ära

Die Sozialdemokratie hat nicht nur die Wahl zwischen einer »linken« Politik, die für steuerfinanzierten sozialen Ausgleich, umfassende Arbeitnehmerrechte und Staatsinterventionen steht, und einer »Reformpolitik«, die alte Rigiditäten abbaut, mehr Markt zulässt und mehr »Eigenverantwortung« einfordert. Wie aber sieht eine solche neue sozialdemokratische Politik aus?

Alfred Pfaller

(* 1942), ist Soziologe und Volkswirt, war verantwortlicher Redakteur von *Internationale Politik und Gesellschaft*, danach Vertreter der FES in Rumänien und der Moldau-Republik und arbeitet jetzt freiberuflich als gesellschaftspolitischer Berater.

alfred.aue@web.de



Dass sozialdemokratische Parteien fast durchgängig im wirtschaftlich hoch entwickelten Europa an Boden verlieren, lässt sich nicht allein durch schlecht geführte Wahlkämpfe, interne Querelen und andere jeweils besondere Umstände erklären. Es steht länderübergreifend mehr dahinter.

Verlust der Unterschichtenwähler

Der Neoliberalismus, der der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik fast

drei Jahrzehnte als normativer Kompass diente, hat seine Überzeugungskraft verloren. Trotzdem findet die Sozialdemokratie so wenig Anklang bei den europäischen Wählern wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Währenddessen sind Mitte-Rechts-Parteien dabei, sich zu »sozialdemokratisieren«. Sie gewinnen in fast ganz Europa die Wahlen. Gleichzeitig aber nimmt die Unzufriedenheit mit der »Politik der Mitte« (rechter und linker Färbung) insgesamt zu. Rechte Populisten, aber auch Parteien links von der Sozialdemokratie, verzeichnen Zulauf.

Vor allem Unterschichtenwähler haben der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt. Sie sehen sie nicht mehr als die Kraft an, die ihre Interessen in der politischen Arena vertritt. Dieser Verlust wird nicht durch vermehrten Zuspruch aus der gesellschaftlichen Mitte ausgeglichen. In erster Linie sind es treue Stammwähler, die den Sozialdemokraten heute noch ihre Stimme geben.